

München, 02.02.2022

SPD will konkrete Hilfen für ehemalige Verschickungskinder

Familienpolitische Sprecherin Doris Rauscher: Anlaufstelle im Zentrum Bayern Familie und Soziales für Betroffene öffnen - Morgen Thema im Sozialausschuss

Die Vorsitzende des Sozialausschusses **Doris Rauscher** will konkrete Unterstützung der Staatsregierung für die sogenannten Verschickungskinder. "Millionen Kinder und Jugendliche sollten sich in der Nachkriegszeit in Ferienheimen erholen. Einige von ihnen aber waren Schikanen und Misshandlungen ausgesetzt. Diese Schicksale müssen gesehen und aufgearbeitet werden. Die Betroffenen brauchen Anerkennung ihres Leids und Hilfe", erklärt Rauscher vor dem morgigen (3. Februar) Sozialausschuss, in dem das Thema auf der Tagesordnung steht. "Schön, dass CSU und Freie Wähler nach einem Jahr nun auch den Bedarf entdeckt haben. Doch Bericht und Prüfung allein reichen nicht", stellt die Abgeordnete aus Ebersberg fest. Sie schlägt vor, die Anlaufstelle für Heimkinder im Zentrum Bayern Familie und Soziales zu nutzen. Deshalb will Rauscher, die auch Mitglied im Heimkinderbeirat ist, die Arbeit, die eigentlich zum Ende des Jahres auslaufen soll, weiterführen und für Verschickungskinder öffnen.

Die sozialpolitische Sprecherin hatte das Thema vor einem Jahr ins Licht der Öffentlichkeit gerückt und eine Aufarbeitung der oft verstörenden Schicksale **gefordert**. Von 1945 bis in die 1990er Jahre wurden in der Bundesrepublik acht bis zwölf Millionen Kinder zur Erholung in Heime an die See und in die Berge geschickt. Ein Viertel der Heime lag in Bayern. "Die Kuren sollten der Erholung und der Gesundheit der Kinder zwischen zwei und 14 Jahren dienen. Sie waren vollkommen von ihren Eltern getrennt. Für einige Kinder war es ein echter Alptraum", sagt Rauscher.

Im Zuge der Aufenthalte kam es zu Misshandlungen und Gewalt an den Schutzbefohlenen. Zum Beispiel durch körperliche Strafen, Esszwang, Toilettenverbot und Erniedrigungen, sogar von Todesfällen wird berichtet. Viele der damaligen Kinder und heutigen Erwachsenen sind noch immer traumatisiert, auch von dem mangelnden Willen zur Aufarbeitung des Unrechts. Erst 2020 wurde damit auf Bundesebene begonnen. Verschiedene Bundesländer arbeiten bereits an eigenen Studien und Datenerhebungen, in Bayern gibt es noch keine Initiative.

Die Kuren wurden von Ärzten verschrieben und von der Kranken- und Rentenversicherung bezahlt. "Es ist eine Schande, dass diese schrecklichen Geschehnisse von vielen Beteiligten,

auch von Ärzten und Trägern, lange ignoriert wurden. Wir wollen, dass das Leid der Betroffenen anerkannt und endlich geholfen wird", sagt Rauscher.